

# Rechenschaftsbericht der BmU 2015/16



## Das Ende der Koalition mit der CDU

Wie in der Fraktion und einer Mitgliederversammlung beschlossen, haben wir die Koalition mit der CDU im Dezember 2015 beendet. Grund war der wiederholte Bruch der Koalitionsvereinbarung durch die CDU.

Zu Anfang war es der Koalition gelungen, das Stadtentwicklungskonzept zu beschließen und mit dem Programm „Soziale Stadt“ einen wichtigen Baustein auf den Weg zu bringen, einen gemeinsamen Antrag zur Aktualisierung des Mobilfunkkonzeptes einzubringen und einen Weg für eine Bürgerinitiative zur Planung des Umbaus der Schule Schmiedestraße in eine seniorengerechte Wohnanlage in die Wege zu leiten. Daran wird die BmU in besonderem Maße festhalten.

Wir mussten aber mit Bedauern feststellen, dass die Zusammenarbeit zum Wohle der Stadt Erkrath nach anfänglichen, bemerkenswerten Erfolgen, im Alltag der Ratsarbeit in den letzten Ratssitzungen aber nicht mehr so funktionierte, wie zwischen den Koalitionspartnern fest vereinbart und wie es die Bürgerinnen und Bürger erwarten konnten. Die Differenzen konnten in gemeinsamen, intensiven Gesprächen, in einem Fall sogar unter Hinzuziehung aller Ratsmitglieder und Sachkundigen Bürger beider Fraktionen, nicht mit Erfolg ausgeräumt werden, was sich dann noch mal am 08.12. im Rat zeigte. Die Unterschiede in Auffassungen und im Umgang miteinander haben sich insbesondere an Gegenständen entzündet, die in den letzten beiden Ratssitzungen im nichtöffentlichen Teil behandelt wurden. Wir werden über nichtöffentlich zu beratende Gegenstände allerdings aus nachvollziehbaren Gründen keine näheren inhaltlichen Angaben machen und können daher keine weiteren Erklärungen zum Gegenstand und der Art der Auseinandersetzungen abgeben. Man kann nur so viel sagen: Entgegen den Regelungen im Koalitionsvertrag hat die CDU-Fraktion in Teilen oder zur Gänze mit Rot-Grün gegen getroffene Vereinbarungen ohne nachvollziehbare Begründung gestimmt.

## Die Finanzlage der Stadt – unser Sorgenkind

### Haushalt 2016

– keine Grundsteuererhöhung

– BmU sorgt mit CDU dafür, dass der Haushalt verabschiedet werden konnte und Erkrath

## **auch 2016 handlungsfähig bleibt**

### **– Maßnahmen zur nachhaltigen Haushaltskonsolidierung eingeleitet**

Eine Ausweitung des Stellenplanes, wie es SPD und Grüne wollten, hat die BmU in der Haushaltssitzung des Rates am 17.03.2016 abgelehnt. Zunächst sollten die nicht besetzten Stellen genutzt werden, die im Stellenplan bereits vorgesehen sind. Hier ist der Bürgermeister in der Verantwortung dies z.B. im Bereich Immobilienmanagement umzusetzen, um u.a. den Sanierungsstau in Schulen und Kitas aufzuarbeiten.

Auch die von der SPD beantragte und von Bürgermeister (entgegen seiner Wahlversprechen) und Verwaltung unterstützte Anhebung der Grundsteuer B von 420 auf 500 Punkte ist von der BmU nicht unterstützt worden. Die Erhöhung um 80 Punkte erscheint rein willkürlich. Aus Sicht der BmU reicht es nicht, nur die Einnahmeseite zu verbessern und einseitig die Bürger zu belasten.

Gerade der kürzlich vorgestellte Bericht der überörtlichen Gemeindeprüfungsanstalt hat deutlich vor Augen geführt, dass in Erkrath im Vergleich zu anderen Kommunen in vielen Bereichen der Finanzen und Verwaltung Verbesserungen möglich und notwendig sind. Die Ausgaben liegen über unseren Verhältnissen. Eine gründliche Aufgabenkritik und Diskussion über Standards und Effizienz ist nötig.

Erkrath steht mit 7,6 Millionen € Defizit knapp an der 5%-Grenze zur Haushaltssicherung.

Wird diese zweimal überstiegen, so müsste Erkrath zwangsweise in ein Haushaltssicherungskonzept, in dem alle freiwilligen Leistungen auf dem Prüfstand stünden, darunter fielen Kinderbetreuungsangebote, Ganztagschulplätze, Bibliotheken, Musikschule usw.

An dieser Stelle muss eine seit Jahren überfällige Neuordnung der Gemeindefinanzen und die Einhaltung des Konnexitätsprinzips angemahnt werden, Land und Bund müssen den Kommunen für das, was sie durch ihre Gesetzgebung und Aufgabenverteilung den Kommunen aufbürden, auch das Geld zur Verfügung stellen. Hier muss u.a. dem SPD-Fraktionsvorsitzenden in seinen Veröffentlichungen in Presse und facebook, dass die Stadt „mit einer nachhaltigen finanziellen Unterstützung des Landes rechnen“ könne, deutlich widersprochen werden.

So ist allein im Bereich der Jugendhilfe -besonders für die Kinderbetreuung- der jährliche Zuschussbedarf im Vergleich zu 2008 um 6,5 Millionen gestiegen und auch die Flüchtlingsversorgung um etwa 3 Millionen unterfinanziert. Man vergleiche hier auch die Haushaltskommentare der BmU der vergangenen Jahre. Allerdings kann Erkrath nicht darauf warten, dass Land und Bund den ausgepressten Kommunen helfen.

Dem Verlust der politischen Handlungsfähigkeit und zwangsweisen Einschnitten wollte die BmU zuvorkommen. Für ihren Vorschlag, ein freiwilliges Haushaltssicherungskonzept –bei dem man die Entscheidungsgewalt vorbeugend ohne Zeitverlust ausübt- einzuleiten, konnte die BmU im Endeffekt keine Unterstützer finden.

Um Unterstellungen vorzubeugen: Die BmU will auch weiterhin an Leistungen wie Kinderbetreuung (in Kitas, Tagespflege, Schulen), Unterstützung der Schulen oder Wirtschaftsförderung festhalten. In den Haushaltsberatungen 2016 hat die BmU durchgesetzt, dass die Mittel für die Vereine so erhöht werden, dass diese ihre Zuschüsse

komplett erhalten, dies war in der Vergangenheit nicht so. Um diese freiwilligen Leistungen aber auch langfristig leisten zu können, muss ein erzwungenes Haushaltssicherungskonzept unbedingt verhindert werden. Für die BmU besteht die Haushaltskonsolidierung aus einem Paket. Neben der Überprüfung und politischen Diskussion der Einsparmöglichkeiten (für Ihre Vorschläge hat die BmU die Internetseite [www.erkrath-spart.de](http://www.erkrath-spart.de) geschaltet) gilt es, die Gewerbeansiedlung voranzutreiben, einerseits durch die aktive Vermarktung von Leerständen und andererseits durch das Premiumgewerbegebiet Neanderhöhe und den nördlichen Teil des Wimmersberg. Auch die Gewinnung von Fördermitteln für sowieso geplante Maßnahmen, wie über das Projekt Soziale Stadt, muss stärker in den Fokus kommen und als Beitrag zur Lösung unseres Finanzproblems betrachtet werden. Als weiteres Element der Haushaltskonsolidierung müssen die zahlreichen kritischen Anmerkungen der überörtlichen Gemeindeprüfungsanstalt abgearbeitet werden. Erst dann muss geprüft werden, ob und um wie viel die Grundsteuer B erhöht werden muss. Ein grundsätzliches Ablehnen einer Erhöhung wäre nicht ehrlich, eine willkürliche Erhöhung aber nicht zu rechtfertigen. Eine Erhöhung der Gewerbesteuer, wie von den Grünen für 2017 ergänzend in die Diskussion gebracht, ist aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit der Stadt nicht vernünftig und wäre zur Gewerbeansiedlung kontraproduktiv. Am Ende wurde der Haushalt 2016 bei Gegenstimmen von SPD und Grünen angenommen, somit bleibt Erkrath durch die BmU handlungsfähig, nur so können z.B. neue OGS-Gruppen in den Schulen und mehr Kinderbetreuungsplätze in Kitas bzw. Tagespflege eingerichtet werden, die Vereine ihre Zuschüsse erhalten sowie einige Spielplätze erneuert werden. Die BmU zeigt Verantwortung und Kompromissfähigkeit.

Weitere und ausführlichere Gedanken zum Haushalt 2016 finden sich in der Haushaltsrede von Bernhard Osterwind. ([www.bmu-erkrath.de](http://www.bmu-erkrath.de))

## **Finanzen und Umweltschutz zusammen denken: Beispiel Neanderhöhe**

Schluss mit grün auf der Neanderhöhe? Bebauung bis zum Waldrand? Was sagt die Bürgerschaft dazu? Der Berichterstattung im Lokalanzeiger vom 3.2. muss in aller Deutlichkeit widersprochen werden. Er entbehrt in wichtigen Teilen der sachlichen Richtigkeit. Der von der BmU eingebrachte Vorschlag des überplanbaren Bereiches bezieht sich nur (ausdrücklich ist die Beanspruchung von strauch- und baumbestandenen Flächen ausgeschlossen) auf einen Ackerflächenbereich, der sich in einem nördlich geschwungenen Bogen zwischen Wertstoffhof und Schrottplatz/Tankstelle erstreckt. Innerhalb (!) dieser Fläche soll es sogar mehr Grün geben, indem dort zur Verbesserung der Biotopvernetzung eine Wildheckenpflanzung als Saumbiotop angelegt werden soll. Der größte Teil der nördlich liegenden Neanderhöhe bis zum Waldrand wird nicht (!) angetastet und die Planungen sollen im Gegensatz zur Vergangenheit dazu führen, dass dies auch dauerhaft so bleibt. Damit weicht der BmU-Antrag weit von den ursprünglichen Vorstellungen von Verwaltung

und CDU ab, welche fast die komplette Neanderhöhe mit Gewerbe bebauen wollten und den zur Diskussion gestellten Bereich nur als ersten Bauabschnitt sahen. Außerdem sieht der Vorschlag verglichen mit den Plänen der Vergangenheit eine deutliche Begrenzung der zulässigen Höhenentwicklung.

Die BmU – Bürger mit Umweltverantwortung- steht auch weiterhin zu ihrem Namen und ihren Grundprämissen solide Finanzpolitik und konsequenter Umweltschutz. Der Vorschlag entspricht auch den Äußerungen der BmU vor der letzten Kommunalwahl und folgt dem Wählerauftrag. Die BmU sieht sich in der Notwendigkeit, Umweltschutz und Finanzen zusammenzudenken und verantwortlich abzuwägen. Wir wollen unsere Landschaft erhalten, müssen gleichzeitig aber auch Gewerbesteuern generieren, um als Stadt eine Nothaushaltsslage zu verhindern und um somit eigenständig handlungsfähig zu bleiben. Diejenigen, die eine Gewerbeansiedlung ablehnen, müssten sagen, wie sie denn die Einnahmeseite der Stadt verbessern und insbesondere die Förderung der jungen Familien (OGS, U3 usw.) finanzieren wollen. Die Grünen und insbesondere ihr Bürgermeisterkandidat R. Knitsch sind hier auch einmal gefordert, darzulegen, wie Erkrath denn ohne Gewerbegebiet zu einem ausgeglichenen Haushalt kommen soll. Einerseits gefallen sich die Grünen darin, in Haushaltsberatungen kostenträchtige Forderungen aufzustellen, andererseits haben sie keine realistischen Vorschläge, die Einnahmeseite der Stadt zu stärken. Damit gefährden sie die sozialen Standards in Erkrath.

Das komplette strukturelle Defizit der Stadt Erkrath in Höhe von 7,3 Mio. € muss abgebaut werden. Die oben genannten Gewerbegebiete sind die letzten nennenswerten Flächen (Kemperdick West würde weitere, deutlich geringere, Einnahmen bringen), die wir uns in der Lage sehen bereitzustellen. Das werden wir nur dann machen, wenn am Ende mit ausreichender Erfolgsaussicht eine nachhaltige Finanzierung der Stadt erzielt werden kann. Wir müssen den Zustand der Schulen verbessern. Nur über den Weg der Grundsteuer zu gehen, wie die SPD es in der Haushaltsdebatte 2016 mit der Zustimmung des Bürgermeisters (gegen sein Wahlversprechen) beantragt hatte, oder mit einer um eine Gewerbesteuererhöhung ergänzte Anhebung der Grundsteuer, wie von den Grünen ins Gespräch gebracht, entspricht nicht den Vorstellungen der BmU. Die Grundsteuer müsste nahezu verdoppelt werden, sollte sie alleine die Defizite ausgleichen. Und die Gewerbesteuer zu erhöhen wäre absolut kontraproduktiv, wenn man neue Firmen ansiedeln möchte. Mit solchen Maßnahmen verschiebt man die finanzielle Katastrophe nur um wenige Jährchen, kann sich vielleicht über die nächste Kommunalwahl retten, hat dann aber umso weniger Handlungsoptionen.

Selbstverständlich muss die Gewerbeansiedlung bevorzugt in brachliegenden oder untergenutzten Bereichen (u.a. Unterfeldhaus, Wimmersberg) angestrebt werden. Das versuchen wir seit Jahren. Auf BmU Antrag wurden 2 Mio. € seit Jahren bereitgestellt, um marktfähige Immobilien aufzukaufen. Immer wieder hat die BmU auf attraktive Objekte hingewiesen: Geschehen ist: nichts. Die interessanten Immobilien liegen in Privathand und entziehen sich oft der direkten Verfügung durch die Stadt. Manch einer will gar nicht verkaufen. Gespräche auch im Bereich Hochdahler Straße wurden und werden geführt. Bisher ohne Ergebnis. Für expansionswillige, ansiedlungswillige und gewerbesteuerkräftige

Unternehmen muss es in einer realistisch und sozial denkenden Stadt trotzdem Möglichkeiten geben. Schon in den letzten Jahren geht unsere Förderung von Familien "auf Pump". Eine nachhaltige Finanzierung wird nur unter Inanspruchnahme aller Optionen gelingen. Und die Neanderhöhe bliebe trotzdem überwiegend grün.

Die BmU hat einen Blick auf die Ökologie, ohne dabei aber die ökonomischen Aspekte aus den Augen zu verlieren.

## **Never ending story: Deponie Hubbelrath**

Dass die BmU ihren Grundwert „konsequenter Umweltschutz“ nicht aus den Augen verliert, zeigt sich auch am Thema des Ausbaus der Deponie Hubbelrath. Gerade die jüngste Auseinandersetzung in der Presse zwischen Betreiber AWISTA und Bernhard Osterwind veranschaulicht dies sehr deutlich. Seit über 40 Jahren beschäftigt sich Bernhard Osterwind mit diesem Thema, wie man auf der BmU-Homepage eindrucksvoll verfolgen kann. Die anderen politischen Kräfte zeigten sich wankelmütig.

AWISTA hat versucht, Osterwind persönlich anzugehen und ihm mehrfach bei Aufrechterhaltung seiner Kritik mit Klage gedroht. Osterwind blieb bei seiner Linie, bisher ist keine Klage eingegangen.

Es bleibt festzuhalten, dass, wenn auf der Deponie Hubbelrath wirklich nur "Steine, Beton, Zement, Ziegel, Glas, Reste von Mauern und aufgebrochenen Straßen" abgelagert worden sind, es schon mehr als erstaunlich ist, dass die Brunnen um die Deponie erhöhte Konzentrationen an Chloriden, TOC und AOX aufweisen. Die Ursache insbesondere der organischen Belastungen müssen dann andere Stoffe sein, die eigentlich dort nicht hingehören. Erhöhte Chlorid-Werte lassen auf Salze schließen. TOC und AOX sind Sammelbezeichnungen für eine große Vielzahl an organischen Verbindungen. TOC ist das Maß für den Kohlenstoffgehalt gelöster und ungelöster organischer Stoffe in Wasser und somit für die Wasserqualität. AOX steht als Summenparameter für organische Halogenverbindungen, darunter können Dioxine, Furane, PCB und diverse Pestizide fallen. Hier müsste die AWISTA mal genaueres erklären, bevor sie Kritikern droht. Als nächsten Schritt will AWISTA die erneute Erhöhung der alten Deponie und Erweiterung nach Süden Richtung Erkrath vornehmen. Dabei sollen die Brunnen, welche die Undichtigkeit der Deponie anzeigen, zugeschüttet werden. Nach Meinung der BmU gehört ein Sanierungskonzept und nicht ein Erweiterungskonzept auf der undichten Deponie umgesetzt.

Details unserer Arbeit hierzu finden Sie auf unserer Homepage im Untermenü Umwelt. Auch dies Beleg unseres Mottos: Konsequenter Umweltschutz.

Nach der letzten Kommunalwahl hat die BmU mit Bernhard Osterwind als Vorstandsmitglied auch Verantwortung für die finanziell notleidende, ökologisch aber so erfolgreiche Stiftung

Naturschutzzentrum Bruchhausen übernommen. Die dauerhafte Sicherung der Naturschutz-Stiftung Bruchhausen machte in diesem Jahr große Fortschritte.

Wolfgang Cüppers, BmU-Ratsmitglied, ist nicht nur in Sachen CO-Pipeline weiterhin am Ball. Die IG Erkrath leistet mit ihrem Aktionstag einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung der Stiftung Bruchhausen.

## **Das Stadtentwicklungskonzept umsetzen**

**-Vorrang von Innenentwicklung vor Außenentwicklung**

**-Das Förderprogramm Soziale Stadt nutzen, um z.B. den Neubau der GS Sandheide zu realisieren**

Die BmU verwehrt sich gegen die öffentlichen Äußerungen der Grünen, in denen sie sich "entsetzt" über Entscheidungen zum Regionalplan (auch der BmU) zeigten. Fakt ist, dass die Stadt Erkrath sich mit den Stimmen der BmU dafür ausgesprochen hat, die Flächen Neanderbogen, Kleines Bruchhaus, 10 Morgen, nördlich Peter-Rosegger-Str., Teile Hochdahl Ost aus dem ASB (= bebaubarer Bereich) des Regionalplanes zu nehmen. Im Einzelnen hat sich die BmU mit den Grünen gegen die Bebauung des Cleverfeldes und die Beibehaltung des Naturschutzes dort ausgesprochen. Mit SPD und Grünen hat sich die BmU auch gegen die Bebauung von Kleines Bruchhaus ausgesprochen.

Damit bleibt die BmU verlässlich ihrer Linie treu: das Stadtentwicklungskonzept umsetzen. Die BmU betont, dass sie sich entgegen der "empörten" Pressemitteilung der Grünen keinesfalls für eine Bebauung des Neanderbogens ausgesprochen hat. Der Neanderbogen ist somit, wie auch im Stadtentwicklungskonzept, nicht als bebaubarer Bereich vorgesehen. Dennoch benötigt auch Erkrath Projekte hinsichtlich Wohn- und Gewerbebebauung. Aus Sicht der BmU sind hier Flächen am Wimmersberg, Erkrath Nord-Ost und Teile der Fläche an der Schmiedestraße gut und zügig realisierbar, wenn man sich an die Beschlusslage hält und eine sorgfältige Bürgerbeteiligung vornimmt. Beim Wimmersberg kommt für uns nur die Realisierung mit der Planstraße (Entlastungsstraße zwischen Hochdahler Straße und Schlüterstraße) in Frage. Auch das ist eine Konsequenz aus dem Stadtentwicklungskonzept und entlastet weite Teile des nördlichen Erkrath.

Die Politik in Erkrath ist sich weitgehend einig: Das Integrierte Handlungskonzept im Rahmen des Städteförderprogramms „Soziale Stadt“ ist beauftragt.

Zunächst hatte der neue Bürgermeister mit Amtsantritt in Presse und Öffentlichkeit dafür gesorgt, dass das Projekt bereits tot gesagt war. Dennoch war sich die Politik mehrheitlich einig, einen Antrag auf Erstellung des IHK zu stellen.

Es wäre nach der positiven Kurzexpertise nicht nachvollziehbar gewesen, das Konzept nicht in Auftrag zu geben, das die Möglichkeiten und Zuschüsse für Projekte im Bereich Sandheide-Schildsheide-Stadtweiher (u.a. Neubau/Sanierung der Grundschule Sandheide, Multifunktionsräume für das Quartier und soziale Einrichtungen) beleuchten und bewerten

wird. Nach Erstellung des Handlungskonzeptes muss dann entschieden werden, ob entsprechende Förderanträge gestellt und welche Prioritäten im Planungsbereich gesetzt werden können. Der Ortsteil benötigt unzweifelhaft Förderung und Aspekte des Stadtentwicklungskonzeptes (z.B. Runder Tisch Wohnungsumfeldentwicklung, Stadtweiher) finden sich wieder.

## **Die neue Rettungs- und Feuerwehrwache kommt – aber an den falschen Ort**

Strittig ist für die BmU weiterhin die Standortfrage für die neue Rettungs- und Feuerwehrwache. Gegen Grüne, FDP, Linke, BmU und eine SPD-Stimme wurden im Stadtrat der Bebauungsplan und die Flächennutzungsplanänderung für das Cleverfeld angenommen.

Unstrittig ist, dass die Wache schnellstmöglich gebaut werden muss.

Die BmU hält aber auch weiterhin diesen Standort für falsch, sie hatte stets für den Umbau am alten Standort unter Berücksichtigung leerstehender benachbarter Hallen und Flächen plädiert. Ein Gutachten hatte dies auch als gut möglich eingestuft. Der Neubau am Cleverfeld wird eben nicht halb so teuer, wie von SPD und CDU angeführt. Ursprünglich mit 13 Millionen € kalkuliert, sind die Kosten jetzt schon bei 20 Millionen angekommen und das ist nicht das Ende. Auch löst der Neubau am Cleverfeld nicht das Problem der zu trennenden Zu- und Abfahrten, am alten Standort wäre dies möglich gewesen. Und die prognostizierte Halbierung der Bauzeit wird nicht eingehalten werden. Die Planung bisher hat bereits 2 Jahre benötigt. Schwere Mängel des Umweltgutachtens, Schwarzspecht, Grünspecht und Uhu werden nicht erwähnt und ein floristisches Gutachten fehlt komplett, sowie zu erwartende Klagen der unmittelbaren Anliegerschaft können das Projekt deutlich hinauszögern oder verhindern. CDU und SPD gehen hier einen riskanten Weg, der den Interessen des Feuerschutzes, der kommunalen Finanzen und der Umwelt nicht gerecht wird.

Der Haushaltsplan zeigt zudem, dass die Feuerwehrneubauplanungen dort schon mit 19 Mio. teurer sind als ursprünglich (15 Mio.) prognostiziert. Die BmU weist darauf hin, dass sie von Anfang an die angeblich "billigere und schnellere Lösung auf der grünen Wiese" bezweifelt hat. Es zeigt sich, dass diese Entscheidung von SPD und CDU nicht so schnell und günstig umzusetzen ist und der Umbau am alten Standort (unter Einbeziehung von Nachbargrundstücken) sinnvoller gewesen wäre.

Positiv ist aber die Entwicklungen bezüglich des Standortes des Gerätehauses für die Freiwillige Feuerwehr in Alt- Erkrath. Die Hartnäckigkeit der BmU konnte einen Beitrag dazu leisten, dass dieses nun an einem einsatztechnisch und finanziell günstigeren Standort errichtet werden kann.

## **Gut für das digitale Zeitalter und eine nachhaltige Energieversorgung gerüstet sein:**

**-Breitbandausbau, kostenloses WLAN und Mobilfunkkonzept aktualisieren**

**-Gerechte Fernwärmepreise**

Mit ihren Anträgen hat die BmU in den Ausschüssen die Themen Breitbandausbau und kostenlose WLAN-Netze auf die Tagesordnung gebracht. Erste kostenlose WLAN-Netze können bereits genutzt werden, das Thema Breitbandausbau ist von den Stadtwerken verschlafen worden und soll nun neue Impulse bekommen.

Die zwei Millionen Euro, die ohne erkennbaren Nutzen für die Stadt Erkrath für eine Beteiligung der Stadtwerke Erkrath an der Trianel-Erneuerbare Energie GmbH & CoKG ausgegeben werden, würden in den nächsten Jahren dringender für sinnvolle Investitionen vor Ort benötigt.

Priorität haben für uns neben dem Breitbandausbau ökologisch sinnvolle Investitionen im Bereich einer nachhaltigen Gesamt-Energieversorgung und des Energiesparens. 1999 hat die BmU mit ihrer „Aktion für gerechte Fernwärmepreise“ das Thema in den Stadtrat getragen. Zunächst gegen breiten Widerstand aus den Parteien und der Verwaltung wird nun immer klarer, wie groß die Versäumnisse der Vergangenheit waren, das Netz nicht durch die Stadtwerke zu übernehmen. Nun unternehmen wir einen neuen Versuch mit mehr Aussicht auf Erfolg. War uns doch gelungen, das Thema auch in den Koalitionsvertrag einzubeziehen. Besonders kritisch sehen wir die Bemühungen von RWE, im Rahmen des Klimakonzeptes dessen Monopolstellung zu zementieren. Die Arbeit für Gerechte Fernwärmepreise ist dokumentiert auf unserer Homepage im Untermenü Stadtentwicklung.

Die Sicht der BmU hat sich durchgesetzt: Das Mobilfunkkonzept wird mit den Zielen einer verlässlichen Versorgung und eines vernünftigen Strahlenschutzes aktualisiert und nicht aufgegeben.

Zwischenzeitlich sah es so aus, dass das Mobilfunkkonzept aufgegeben würde. Ein Antrag auf Aufhebung der Sperrfrist zum Mobilfunkkonzept war mit den Stimmen von SPD und CDU im Rat am 17.03.2016 angenommen worden, nachdem die CDU zunächst gemeinsam mit uns eine Fortentwicklung befürwortet hatte. Mittlerweile ist die SPD wieder zurückgerudert. Auch die BmU sieht das Problem, dass das 10 Jahre alte Konzept an die Anforderungen der heutigen Datenübertragung angepasst werden muss. Im Oktober 2015 hatte die BmU daher auch mit der CDU den Antrag eingebracht, einen neuen Gutachter mit der Überarbeitung zu beauftragen. Ziel des Konzeptes war immer und wäre auch zukünftig, eine gute Versorgungsleistung und den Gesundheitsschutz in Einklang zu bringen. Dies ist durchaus möglich, wie andere Städte vormachen, das steht gegen ein „Entweder (Gesundheit)-Oder (gutes Netz)“. Der Ausbau des Datentransfers ist aus Sicht der BmU in Erkrath notwendig, auch die Anstöße zu freien öffentlichen WLAN-Netzen und zum Breitbandausbau durch die BmU sind in diesem Sinne zu sehen. Angesichts der stark gestiegenen Datenübertragungen ist es aber gerade heute umso wichtiger, mittels eines Konzeptes auch gesundheitliche Aspekte zu berücksichtigen, z.B. durch Anwendung von Femto-Zellen. Ein Aufgeben des Konzeptes würde zu einem Wildwuchs an Sendemasten führen, die Stadt würde ihre



Steuerungsmöglichkeiten weitgehend aus der Hand geben und könnte Masten nur in Sonderfällen verhindern. Die Überarbeitung des Mobilfunkkonzeptes ist der richtige Weg.

## **Überlebenswichtig für die Stadt: Kinder- und Familienfreundlichkeit, gute Schulen**

Seit Jahren beschäftigt sich die BmU intensiv mit diesen Themen.

Die neue Entgelttabelle für die OGS stammt ganz aus der Feder der BmU und fand bei den anderen Fraktionen einhellig Zustimmung. Wir haben hier eine Tabelle entwickelt, welche gleichmäßigere und sozial gerechte Steuerungen bei Einkommen und Entgelten enthält und bei der erst ab 25.000€ Jahreseinkommen Entgelte erhoben werden.

Diese Grundgedanken sollten nun auch auf die anderen Entgeltbereiche (Tagespflege, Kitas) Anwendung finden. Zudem muss dabei aber auch – gerade angesichts der Finanzlage – insbesondere höheren Einkommen, die bisherigen Tabellen enden bei 62.000€, mehr abverlangt werden. Die Steigerung sollte aber auch nicht zu abrupt und heftig für die betroffenen Eltern ausfallen.

Mehreinnahmen sind notwendig, um die gute Versorgung aufrecht zu erhalten und weiter ausbauen zu können. Dass ein Ausbau nötig ist, zeigen alle aktuellen Zahlen der Betreuungswünsche für Kitas (Erhöhung der Ganztagesplätze), Tagespflege und OGS. Hier wollen wir dran bleiben, wir haben die Aufstellung eines aktuellen Bedarfsplanes beantragt. So unterstützen wir auch die Idee zur Errichtung eines Waldkindergartens.

Dazu gehört, dass sich die BmU nachweislich (gegen rot-grünes Wahlkampftheater) in den letzten Jahren auch stets für eine faire Bezahlung der Tagespflegepersonen eingesetzt hat, ohne welche die Versorgung im U3-Bereich nicht zu leisten wäre.

Nach vielen Jahren Vorbereitung kommt 2016 endlich die zentrale online-Vergabe von Kita-Plätzen durch das Modul kita-VM. Die BmU hatte das vor 4 Jahren bereits auf die Tagesordnung gebracht. Dadurch kann die Vergabe für Eltern, Einrichtungen und Verwaltung vereinfacht und fairer gestaltet werden.

Um in diesem Themenbereich gut informiert zu sein, hat die BmU eine Umfrageaktion bezüglich der Kinderbetreuung gestartet. Die Ergebnisse fließen in die Arbeit der BmU ein. (<http://www.bmu-erkrath.de/cms/upload/pdf/formulare/formular-wie-klappt-es-mit-der-kinderbetreuung.pdf>).

Ebenso wie bei der kürzlich gestarteten Umfrageaktion „Wie klappt es eigentlich mit den Spielplätzen in Erkrath“, die in der Presse ein positives Echo fand. Ziel ist, dass diese Erkenntnisse dann in den kommenden Jahren bei den Spielplatzplanungen und – umgestaltungen berücksichtigt werden.

(<http://www.bmu-erkrath.de/cms/upload/pdf/formulare/formular-wie-klappt-es-eigentlich-mit-dem-spielplatz.pdf>)

## **Nicht immer aufrichtig geführt: die Gesamtschuldiskussion**

**-Oder: Soll eine Minderheit über die Schulentwicklung bestimmen können, wie Grüne und SPD dies fordern?**

**-BmU: Für den mehrheitlichen Elternwillen, aber gegen eine von rot-grün geforderte „Schulbedarfsermittlung“, die per Minderheitenentscheid die Schließung von Hauptschule, Realschule und Gymnasium in Hochdahl zur Folge haben könnte. Den Schulentwicklungsplan 2016 wie geplant durchführen.**

Es ist falsch, wenn Rot-Grün immer wieder mündlich und schriftlich behaupten, dass die BmU den Willen der Eltern ignorieren und eine Befragung verhindern würde. Wer dies sagt, muss die ganze Wahrheit sagen: Eine solche „Bedarfsermittlung“ ist eine offizielle und die Stadt bindende Umfrage. Würden sich aus einem Grundschuljahrgang von 300-350 anzumeldenden Kindern 100 Eltern für eine Gesamtschule aussprechen, wäre die Stadt gezwungen diese zu errichten.

Mit der Folge, dass -nach Aussagen des Gutachters des bisherigen Schulentwicklungsplanes und des städtischen Beigeordneten H. Schwab-Bachmann in der Schulausschusssitzung vom Juni 2015- neben Hauptschule und einer Realschule auch ein Gymnasium geschlossen werden müsste. Als Standort liefe dies dann auf Hochdahl hinaus. Bemüht man allein die Zahlen der von uns in Entstehung und Durchführung als fehlerhaft und tendenziös kritisierten Elternumfrage (Hierzu auch mehr im BmU-Artikel: Schulentwicklung im Sinne aller Eltern und Kinder unter [www.bmu-erkrath.de](http://www.bmu-erkrath.de)), die durch einige Mitglieder der Stadtschulpflegschaft initiiert worden war, so würden demnach 37% der Eltern in Hochdahl eine Gesamtschule wünschen. Diese Eltern würden dann über die restlichen Eltern bestimmen, deren Wahlen in Richtung Hauptschule, Realschule und Gymnasium Hochdahl nicht mehr möglich wären, da diese Schulen dann geschlossen würden.

Die BmU hat ein anderes Demokratieverständnis als SPD und Grüne. Dass eine Minderheit die Schließung der mehrheitlich gewünschten Schulen erreichen kann, ist aus unserer Sicht der falsche und undemokratische Weg. Daher lehnen wir momentan die bindende offizielle Elternbefragung ab.

Wie wir dies seit Jahren sagen, ist der richtige Weg, dass 2016 zunächst der Schulentwicklungsplan fortgeführt wird und dort gutachterlich die verschiedenen Modelle mit ihren Folgen beleuchtet werden. Daraufhin muss die Politik über diese Vorschläge befinden, auch hinsichtlich der Machbarkeit. Und dann ist es sinnvoll, nach einer transparenten und fairen Information der Eltern über alle Schullaufbahnmöglichkeiten, deren Meinung dazu zu hören.

Wie die BmU seit dem Schulentwicklungsplan 2009 sagt, wäre eine Option die Gründung einer Sekundarschule (eine Schule des längeren gemeinsamen Lernens wie die Gesamtschule bis Klasse 10), die mit dem benachbarten Gymnasium hinsichtlich Oberstufe kooperiert. So könnte der Willen möglichst vieler Eltern berücksichtigt und der Schulfrieden

in Erkrath gewahrt bleiben. Sinnvoll wäre es auch, in diesem Prozess die bestehenden Schulen mit zu nehmen.

Dass Rot-Grün im Schulausschuss am 17.11.15 die Durchführung einer offiziellen Elternbefragung beantragt hatten, ohne den neuen Schulentwicklungsplan abwarten zu wollen, zeigt, dass sowohl SPD als auch Grüne nicht an einem sachlichen Verfahren interessiert sind, sondern die Gesamtschule mit aller Gewalt und eben gegen eine Mehrheitsmeinung durchsetzen wollen.

Und die von einigen Mitgliedern der Stadtschulpflegschaft initiierte Umfrage „bezüglich der möglichen Errichtung einer Gesamtschule“ wird trotz massiver Mängel in Entstehung und Durchführung dafür instrumentalisiert.

Die BmU steht auch weiterhin für: Schulfrieden statt Schulkrieg in Erkrath - Schulentwicklung im Sinne aller Eltern und Kinder.

## **Eine besondere Herausforderung und Chance: die Aufnahme und die Integration der Flüchtlinge**

### **Immer wichtig für Erkrath: Ehrenamtliches Engagement**

2015 hat in besonderem Maße gezeigt, dass die Bürgerschaft in Erkrath Nothilfe und Gastfreundschaft bieten kann. Ohne die im Hauptamt Engagierten herabzuwürdigen: Ohne die Ehrenamtler wäre das meiste nicht möglich geworden. Als bekannt wurde, dass Erkrath eine Flüchtlingserstaufnahmeeinrichtung des Landes als Notunterkunft einrichten und unterhalten muss, fanden sich in kürzester Zeit viele engagierte Bürger, die mitanpackten und zunächst im Bürgerhaus und dann an der Freiheitsstraße und Schmiedestraße tätig wurden. Auch die Spendenbereitschaft war so groß, dass man die Sammlungen stoppen bzw. eingrenzen musste.

Der Freundeskreis für Flüchtlinge bekam regen Zulauf. U.a. in der Kleiderkammer oder als Paten sind viele für die Flüchtlinge in der Erstaufnahme und besonders auch für die dauerhaft in Erkrath lebenden Flüchtlinge aktiv. Ein Dank gilt allen, die hier tätig sind und waren, und ein ganz besonderer Dank an diejenigen, die schon seit Jahrzehnten in der Flüchtlingsarbeit beteiligt sind.

Vergessen möchte ich auch nicht die Wohlfahrtsverbände (u.a. DRK, ASB), die Feuerwehr und die Mitarbeiter der Stadtverwaltung, die alle ihren Beitrag oft über ihre Dienstpflicht hinaus leisten.

Die Politik in Erkrath hat einmütig und spontan eine gemeinsame - vom BmU-Fraktionsvorsitzenden Bernhard Osterwind entworfene – Erklärung verabschiedet, in der die Aufnahme von Flüchtlingen als unsere zivile, humanitäre Verpflichtung angesehen wird. Sie sieht sich in der Verantwortung, dies finanziell und auch in der öffentlichen Meinungsbildung

konstruktiv zu unterstützen. Gerade angesichts der Diskussion der nicht zu tolerierenden Vorfälle der Silvester-Nacht in Köln ist es wichtig, die Schicksale der einzelnen Menschen zu sehen, die vor Krieg und Verfolgung geflohen sind und sich hier bei uns ein friedliches Miteinander wünschen. Beeindruckt haben mich da die dankbaren Gesichter der Flüchtlingskinder auf dem Erkrather Karnevalszug, auf das gerufene „Helau“ und die Kamelle folgten stets ein „Thank you“ bzw. „Hello“, bei letzterem muss allerdings wohl noch Integrationsarbeit geleistet werden, aber ich bin mir sicher, dass auch das gelingen wird. ;-)  
Es ist zu hoffen, dass wir das schaffen, wenn jeder an seiner Stelle in unserer Gesellschaft mitanpackt. Die Integration der Flüchtlinge ist nämlich auch eine große Chance, der Herausforderung durch den demografischen Wandel zu begegnen.

Aber dennoch sind Landes- und Bundesebene dringend gefordert, das Thema umfassender anzupacken und die Kommunen stärker zu unterstützen.

## **Zusammengefasst**

Die BmU wird ihre unabhängige Arbeit zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger nun ohne einen festen Partner fortsetzen. Das ist anstrengender, aber es gilt das Programm, welches wir den Wählerinnen und Wählern zur Kommunalwahl vorgelegt haben. Dazu gehört neben der schrittweisen Umsetzung des Stadtentwicklungskonzeptes unter anderem die Förderung der Schulentwicklung, der Stopp der Verschuldung, die Kritik an unnötigen Geldausgaben durch und in der Verwaltung, der Ausbau der Breitbandversorgung, der Bau der Feuerwache am alten Standort und die Verbesserung der Fernwärmebedingungen für die Kunden.

Um diese Ziele zu erreichen, bietet die BmU allen Fraktionen und dem Bürgermeister eine sachbezogene Arbeit in den Ausschüssen und im Rat an.

Mit der Neuauflage unserer Homepage haben wir eine weitere Informationsplattform für die Bürgerschaft errichtet. Regelmäßig bieten wir Bürgersprechstunden an, beim Stadtjubiläum bieten wir wieder das Gespräch an und bieten kostenlos unsere Stadtpläne an.

Wir haben die Ohren und Augen auf,  
aber es zeigt sich auch immer mehr, dass es an der Zeit ist, dass sich mehr interessierte und engagierte Bürgerinnen und Bürger für Erkrath und eine Mitgliedschaft und Mitarbeit bei der BmU entscheiden. Wir erfahren zwar viel Zuspruch für unsere Arbeit, aber die aktive Mitgliedschaft muss sich nachhaltiger entwickeln.  
Wir bleiben dran.

für den Vorstand der BmU e.V.

Christian Ritt, Vorsitzender

Mai 2016